

Finanzberatung in Krisenzeiten

Autor/in: Christoph Rasch, NDR Info Wirtschaftsredaktion | Sendedatum: 11.05.2012 10:41 Uhr, 3:23 Minuten

<http://www.ndr.de/info/programm/sendungen/finanzkonferenz111.html>

Selbstkritische Töne aus der Finanzwelt sind ja eher selten, doch auf der Expertentagung im Hamburger Haus der Patriotischen Gesellschaft ging ein Bankmanager mit seiner Branche hart in Gericht. „Das Bild von dem anständigen Volksbankdirektor, der eben sein ganzes Leben relativ bescheiden und im Interesse seiner Kunden lebt, das haben wir aus den Augen verloren“, sagt Jan Wagner, Vorstandschef der Stuttgarter CreditPlus Bank, und er kennt auch die Gründe: „...die Anreizsysteme, die immer noch mit Boni funktionieren, ich würde die möglicherweise gesamt abschaffen. Ich glaube, dass wir damit vieles verändern.“ Verändern soll sich in Sachen Finanzberatung einiges. Vor wenigen Tagen erst hat die Bundesregierung beschlossen, die Bankenaufsicht hierzulande neu zu ordnen. Ein Teil der Reform: Verbraucher sollen eine eigene Stimme in der Aufsichtsbehörde BaFin bekommen. „...das heißt, wenn eine Mehrheit von Verbrauchern durch Missstände betroffen ist, dann ist das jetzt auch Sache der BaFin, sich darum zu kümmern“, erklärt Erich Paetz aus dem Berliner Verbraucherschutzministerium. Regierungsvertreter wie er haben auf der jährlichen Finanzkonferenz traditionell keinen leichten Stand. Denn noch mehr BaFin-Kontrollen, Beratungsprotokolle oder Beipackzettel für Anlageprodukte lösen nicht das eigentliche Problem, sagen Verbraucherschützer wie Udo Reifner vom Hamburger Institut für Finanzdienstleistungen. Das *iff* organisiert die zweitägige Hamburger Konferenz. „Es macht gar keinen Sinn, also hier jetzt immer mehr Transparenz zu verlangen, weil dann haben Sie ihr ganzes Leben nur damit zu tun, irgendwelche Produkte zu verstehen. Heute können Sie ja auf Sonnenblumenkerne wetten, und das nennen sie dann Finanzprodukt, das ist überhaupt keins. Also, ich denke, wir müssen an die Produktregulierung ran und müssen dort Prinzipien bringen, wonach Produkte zugelassen werden müssen. Wenn wir dann hinterher statt 200.000 Produkte noch 1.000 haben, ich glaub, dann sind wir auf dem richtigen Weg.“ Doch auch ein Verbot bestimmter Anlageprodukte, wie etwa von Zertifikaten, ist nicht in Sicht und die BaFin selbst verhängt pro Jahr nur eine Handvoll Bußgelder gegen Verstöße bei Anlageprodukten. Die Politik setzt stattdessen auf eine freiwillige Selbstkontrolle der Banken und auf kritische Verbraucher. Immerhin, die Kundenklagen bei den Schiedsstellen der Finanzbranche legten im vergangenen Jahr um ein Drittel zu. Ein positiver Trend, findet Thierry Philipponnat, Generalsekretär der Brüsseler Lobbyorganisation „Finance Watch“. Er sieht Verbraucherbeschwerden tatsächlich als ein Kontrollinstrument der Zukunft. „It is very important, because, at the end of the day, all the money belongs to you and me, I mean...“. Diese Beschwerden sind ungeheuer wichtig, denn all das Geld, mit dem die Banken arbeiten, gehört ja am Ende uns, den Kunden. Wir haben deshalb eben auch eine Marktmacht und können die Politik eines Finanzunternehmens beeinflussen. Jedenfalls, wenn der Protest der Verbraucher aufgegriffen und an die Aufsicht weitergegeben wird. Die Banken wissen, dass

ihre Kunden immer kritischer werden. Deshalb wird dort der Verbraucherschutz auch eine immer wichtigere Rolle spielen.

Auch Deutschland plant, seine Finanzwächter zu stärken, die Stiftung Warentest etwa oder die Verbraucherzentralen. Dennoch, ein Zwischenfazit der Hamburger Konferenz: die bisherigen politischen Regulierungsmaßnahmen seien insgesamt zu zahnlos und dürften angesichts der Vielzahl vorhandener Finanzprodukte die Kontrolleure und Aufseher eher mit Arbeit überlasten als dem Verbraucher tatsächlich mehr Sicherheit und Transparenz zu bringen.